

Ein Wagnisfragen u. d. Befahrung unserer
Wehrkraft.

Die Wohnungsfrage und die Erhaltung unserer Wehrkraft.

Schon am 4. April 1914 mußte die „Tägliche Rundschau“ in einem Artikel über ein neues Mittel gegen Kinderreichtum die Schwierigkeiten zur Sprache bringen, in der sich kinderreiche Familien bei der Wohnungssuche befinden. Damals sagte sie u. a.:

„In Frankreich würde man solchen Leuten (nämlich mit sieben Kindern), wenn man sie hätte, mit Vergnügen Häuser bauen, bei uns werden sie allmählich wie strafwürdige Existenzen behandelt. Was nützt uns die Bekämpfung der Mittel, welche Geburten verhindern, wenn sich in aller Stille solche Mittel breitmachen, die uns mit Gewalt in den von Vaterlandsfreunden gefürchteten Zustand des aussterbenden Frankreich treiben . . .“

Der Krieg ist gekommen, und die Verhältnisse haben sich nicht gebessert, sondern verschärft. Immer ernster wird die Lage, und wir steuern einer Wohnungsnot entgegen, deren Ursachen vom Vorstande des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen, Staatssekretär a. D. Wirkl. Geh. Rat Dr. Dernburg, in einer Eingabe an den Reichstag eingehend erörtert werden. Wenn sich auch während des Krieges durch die zeitweilige Zusammenlegung von Wohnungen, durch das Wohnen von Frauen, deren Männer sich im Felde befinden, bei ihren Eltern das Bild noch einigermaßen verschleiert, so macht sich doch bereits — wie auch die Wohnungsämter bestätigen — ein Wohnungsmangel immer fühlbarer bemerkbar. Als Gründe für diese Erscheinung sind anzuführen:

- 1) Abzug der Familien, deren Ernährer im Felde gefallen, und der Familien, die durch den Krieg wirtschaftlich geschädigt sind, aus größeren in kleinere Wohnungen;
- 2) völliges Ruhen der Bautätigkeit sowohl seitens der Unternehmer als auch der gemeinnützigen Bauvereine aus Mangel an Geld, Arbeitskräften und Baumaterial;
- 3) ein schon im April 1914 stark fühlbarer Mangel an leerstehenden Kleinwohnungen;

hierzu treten:

- 4) der Zuzug von Deutschen, die bisher im Auslande gelebt haben und sich zunächst naturgemäß Großstädten zuwenden. Ein Teil von ihnen verbleibt dort;
- 5) der Zuzug von Flüchtlingen, besonders aus Ostpreußen und von vorwiegend kleinen Rentnern, die in den Großstädten bleiben, weil sie sich hier sicherer fühlen, dann aber auch, weil in ostpreußischen Kleinstädten Kommunalsteuerzuschläge von 200 bis 350 v. H. erhoben werden.

Eine weitere Verschärfung der zurzeit schon besorgniserregenden Zustände wird mit Sicherheit nach dem Kriege eintreten, weil

- a. die Familien, die zurzeit zusammenwohnen, wieder ihren eignen Haushalt gründen werden;
- b. die Kriegsgeliebten sich eine Häuslichkeit einrichten;
- c. die Zahl der Eheschließungen sich erfahrungsgemäß nach einem Kriege stets beträchtlich vermehrt;
- d. zahlreiche Militäranwärter infolge der Behördenansammlung in den Großstädten untergebracht werden müssen;
- e. das Bedürfnis nach Ersatz der im Kriege verbrauchten Materialien die Industrie voraussichtlich zu starker Kraftanstrengung und zur Heranziehung von zahlreichen Personen nach den Großstädten und Industriezentren veranlassen wird.

Als stärkstes Hindernis stellt sich der Erstellung der erforderlichen neuen Wohnungen die Schwierigkeit der Beschaffung von Realkredit jetzt und nach dem Kriege entgegen.

Die vom Reich ausgegebenen Kriegsanleihen lassen einen Zins von 5,63 v. H. bei einer fünf- und von 5,38 v. H. bei einer zehnjährigen Rente erwarten. Der Zinsfuß wird deshalb bei der Sättigung des Kapitalmarktes mit Reichsanleihen — auch für 1. Hypotheken auf etwa 5 bis 5½ v. H. steigen. Ferner ist eine starke Verteuerung der

31./VIII. 1915.